

Sitzungsniederschrift

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 01.10.2014
Sitzungsort:	Ratssaal der Kreisverwaltung Bad Dürkheim
Sitzungsdauer:	14:30 Uhr - 16:02 Uhr
Art der Sitzung:	öffentlich

Das Ergebnis der Sitzung ergibt sich aus den beigefügten Anlagen.

Niederschriftführer

Vorsitzender

Arno Fickus

Hans-Ulrich Ihlenfeld

Landrat

Anwesend waren:

Landrat Ihlenfeld **als Vorsitzender**

Potje, Claus **Erster Kreisbeigeordneter**
Rüttger, Frank **Kreisbeigeordneter**
Pfuhl, Reinhold **Kreisbeigeordneter**

Mitglieder CDU-Fraktion

Armbrust, Renate
Bechtel, Torsten
Grohe, Hans
Groß, Birgit
Hebinger, Stefan
Hoffmann, Theo (anwesend bis Top 5)
Kretner, Ralf (anwesend bis Top 5) (15:54 Uhr)
Kutschke, Sabine
Lorch, Lothar
Mittrücker, Norbert Dr. (fehlte entschuldigt)
Sauer, Friedel
Schanzenbäcker, Elke
Schindler, Norbert (fehlte entschuldigt)
Seelmann, Peter
Stölzel, Reinhard
Wagner, Klaus (fehlte entschuldigt)
Wolf, Markus (fehlte entschuldigt)
Wolf, Walter

Mitglieder SPD-Fraktion

Armbruster, Gerd
Brenzinger, Reinhard (fehlte entschuldigt)
Dormann, Jakob
Geis, Ruth
Germann, Andrea
Glogger, Christoph
Hauenstein, Martina
Niederhöfer, Reinhold
Pojtinger, Erich
Schreiner, Hans-Robert Prof. Dr.
Vogel, Adam (anwesend bis Top 5)
Wode-Buser, Martina
Wolf, Hans Dr.

Mitglieder FWG-Fraktion

Adam, Johannes (fehlte entschuldigt)
Eschmann, Friedrich
Nagel, Arnold
Postel, Gerhard
Rung-Braun, Heike

Mitglieder Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Hoffmann, Rudolf
Magez, Pirmin
Maurer, Annette
Werner, Pia

Mitglieder FDP-Fraktion

Langensiepen, Heidi (fehlte entschuldigt)
Schrank, Edwin (fehlte entschuldigt)

Mitglieder AfD-Fraktion

Kräher, Wolfgang
Nieland, Iris

Mitglied Die Linke

Beck, Stefanie

Verwaltung:

Herr Martin,	Ltd. Staatl. Beamter
Frau Thomas,	Abteilung 1
Herr Sluiter,	Abteilung 3 (anw. Top 1 + 2)
Herr Pabst,	AWB (anw. ab Top 3)
Herr Langenbacher,	Kreiskrankenhaus Grünstadt
Herr Kolberg,	Kreiskrankenhaus Grünstadt (Patientenfürspre- cher)
Herr Appel,	Abteilung 1
Pressereferentin Müller,	Abteilung 1
Gleichstellungsbeauftragte Haas Vorsitzender des Personalrates Bauer	
Herr Bülow, Ulrich	Geschäftsführer Staatsbad GmbH am Standort Bad Dürkheim (Top 6)
Herr Fickus,	Abteilung 1, als Niederschriftführer

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Einwohnerfragestunde
2. Berichts Antrag Katastrophenschutzpläne (Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen)
3. 1. Nachtragshaushaltssatzung und Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
Vorlage: 109/2014
4. Kreiskrankenhaus Grünstadt; Jahresabschluss / Jahresbericht zum 31.12.2013
Vorlage: 113/2014
5. Kreiskrankenhaus Grünstadt; Neuwahlen des Patientenführers für das Kreiskrankenhaus Grünstadt
Vorlage: 112/2014

Öffentlicher Teil:

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 1

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 01.10.2014

Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
__ JA-Stimmen	__ Nein-Stimmen	__ Enthaltungen

Tagesordnung:

Einwohnerfragestunde

Ausschlussgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Fragen von Einwohnern im Sinne des § 21 der Geschäftsordnung des Kreistages lagen nicht vor.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 2

Gremium:

Kreistag

Sitzung am:

Mittwoch, 01.10.2014

Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
<input type="checkbox"/> JA -Stimmen	<input type="checkbox"/> Nein -Stimmen	<input type="checkbox"/> Enthaltungen

Tagesordnung:

Berichts Antrag Katastrophenschutzpläne (Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen)

Beschluss:

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Kreisbeigeordneter Rüttger trägt den aktuellen Sachstand zum Katastrophenschutz Kernkraftwerke anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist, vor. Insbesondere erläutert er hierbei die Erweiterung der Evakuierungszone. Beim AKW Philippsburg kann aufgrund einer Datenabfrage bei den betroffenen Landkreisen im März dieses Jahres von rd. 300.000 Personen die zu evakuieren wären, ausgegangen werden.

Hinsichtlich notwendiger Transportkapazitäten im Evakuierungsfall, sind solche durch verschiedene Möglichkeiten sicher zu stellen, wobei ebenfalls das Augenmerk auf möglicherweise notwendige medizinische Versorgung der zu Evakuierenden gelegt werden muss.

Die Versorgung mit Jodtabletten wird bereits so sichergestellt, dass diese an zentralen Punkten eingelagert sind und zeitnah über die Gemeinden an die Bevölkerung ausgegeben werden können. Es ist durch regelmäßigen Austausch ebenfalls sichergestellt, dass die Jodtabletten nicht überlagern.

Zur Fragestellung, in welchem Zeitraum die Katastrophenschutzpläne des Landes, unter Berücksichtigung der neuen Rahmenbedingungen, fertig gestellt sein werden, kann die Verwaltung keine Auskunft geben.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 3

Drucksache **109/2014**

Gremium:

Kreistag

Sitzung am:

Mittwoch, 01.10.2014

Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input checked="" type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input type="checkbox"/> einstimmig	<input checked="" type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
28 JA -Stimmen	5 Nein -Stimmen	6 Enthaltungen

Tagesordnung:

1. Nachtragshaushaltssatzung und Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014

Beschluss:

- Die 1. Nachtragshaushaltssatzung und der 1. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014 werden in der vorberatenen Fassung beschlossen.
- Der 1. Nachtragsstellenplan wird in der vorberatenen Fassung beschlossen.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Der Vorsitzende verweist auf die umfangreichen Vorberatungen im Kreisausschuss und stellt zugleich in Aussicht, dass in der Sitzung des Kreistages im Dezember gegebenenfalls der Haushalt für 2015 zur Beschlussfassung vorliegen könnte. Hinsichtlich der Verschlechterungen im Haushalt geht der Vorsitzende auf die verschiedenen Faktoren ein und stellt als Ergebnis dieser Verbindlichkeiten des Kreises zum Ende

des Jahres von rd. 180 Mio. € fest. Zur Entwicklung der Schlüsselzuweisungen nach dem Landesfinanzausgleichsgesetz wird auf ein Sonderrundschreiben (S 553/2014) des Landkreistages Rheinland-Pfalz verwiesen, das der Vorsitzende auszugsweise verliest:

„die Neuordnung des Systems der Schlüsselzuweisungen im LFAG - LG zur Reform des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) vom 08.10.2013 (GVBl. S. 314) - hat im kommunalen Bereich für erheblichen Diskussionsstoff gesorgt. Sie führt nicht nur zu einer noch stärkeren Verlagerung der Soziallastenproblematik in den KFA und damit eine Verlagerung des Risikos wachsender Belastungen auf die Kommunen, sondern bringt auch erhebliche Umschichtungen von den finanzkraftabhängigen Schlüsselzuweisungen B 2 (SZ B 2) hin zu der neuen Schlüsselmasse C, deren Aufteilung an die Ausgabenbelastung von kreisfreien Städten und Landkreisen anknüpft. Bekanntlich wird in diesem Zusammenhang auch seitens der kommunalen Spitzenverbände (KSV) moniert, dass das Land in Umsetzung des Urteils des Verfassungsgerichtshofes (VGH) vom 14.02.2012 (Az.: VGH N 3/11) lediglich 50 Mio. € zusätzlich als Deckungsbeitrag aus dem originären Landeshaushalt aufbringt. Das entspricht weniger als 2,5 % des weiter rasant wachsenden kommunalen Defizits im Bereich Jugend und Soziales. Hätte das Land die neuen Schlüsselzuweisungen C vollständig über die Bereitstellung originärer Landesmitteln, also durch Leistungen außerhalb des KFA finanziert, hätten insbesondere hohe Umschichtungsverluste zulasten der Landkreise und einiger steuereinnahmeschwacher kreisfreier Städte vermieden werden können. Die Frage, ob und inwieweit sich das Land zusätzlich finanziell bei der Refinanzierung der kommunalen Lasten im Bereich Soziales engagieren muss, ist seit April 2014 erneut beim VGH anhängig. Die Kläger sind mit Unterstützung der KSV der Meinung, dass auch der KFA 2014/2015 mit Art. 49 Abs. VI Landesverfassung (LV) unvereinbar ist.“

Als weitere Herausforderungen an den Landkreis definiert der Vorsitzende die steigenden Anforderungen in den Bereichen Asyl, Soziales, Kinder und Jugend, sowie die Behebung der räumlichen Not in der Verwaltung. Er betont, dass auch weiterhin ein kosteneffizientes Handeln die starke Intention des Landkreises sein wird.

Für die CDU-Fraktion stellt Kreistagsmitglied Stölzel die miserable finanzielle Situation des Kreises fest, die trotz positiver Entwicklung zu einer Verschlechterung im Haushalt geführt hat. Insbesondere stellt er hierbei die Personalkostenerstattung an die Kommunen, aktuell und in den Folgejahren, heraus und mahnt das Konnexitätsprinzip an.

Kreistagsmitglied Werner sieht den Landkreis zwar für einen Großteil der Ausgaben nicht in der Verantwortung, sieht jedoch auch keinen Sparwillen dort, wo der Kreis Spielraum hätte, wie z.B. bei der Personaldichte der Verwaltung. Kritisch wird seitens der Fraktion gesehen, dass keine Tilgung der Liquiditätskredite erfolgt und erachtet eine Überführung in langfristige Kredite als die sinnvollere Alternative.

Keine wirkliche Verbesserung, trotz Ausschöpfens aller Möglichkeiten, stellt für die SPD-Fraktion Kreistagsmitglied Niederhöfer fest.

Die Fraktion spricht sich gegen weitere Kürzungen im Landkreis aus und betont hierbei insbesondere, dass die Schulsanierung weiter zu betreiben ist und der ÖPNV für die Bevölkerung sichergestellt werden muss. Kein fehlender Sparwille, sondern rechtliche Vorgaben begründen die Personalmehrung in der Verwaltung, so Niederhöfer.

Die FWG-Fraktion stellt ebenfalls fest, dass das Konnexitätsprinzip nicht beachtet wird und es dem Kreis auch daher an der finanziellen Ausstattung fehle. Die Fraktion ist jedoch nicht bereit den Nachtragshaushalt zu unterstützen und wird sich daher der Beschlussfassung enthalten, wie Kreistagsmitglied Rung-Braun mitteilt.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 4

Drucksache **113/2014**

Gremium:

Kreistag

Sitzung am:

Mittwoch, 01.10.2014

Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input checked="" type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input checked="" type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
<input type="checkbox"/> JA-Stimmen	<input type="checkbox"/> Nein-Stimmen	<input type="checkbox"/> Enthaltungen

Tagesordnung:

Kreiskrankenhaus Grünstadt; Jahresabschluss / Jahresbericht zum 31.12.2013

Beschluss:

1. Der mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss 2013, dessen Bilanz zum 31.12.2013 auf der Vermögens- und Schuldenseite mit € 41.045.297,63 und dessen Erfolgsrechnung mit einem Bilanzgewinn von € 55.190,19 abschließt, wird festgestellt.
2. Der Zuführung eines Betrages von € 850.000,-- zu Gewinnrücklagen wird zugestimmt.
3. Der Bilanzgewinn nach Entnahme aus zweckgebundenen Rücklagen und Zuführung zur Gewinnrücklage beläuft sich auf € 55.190,19 und wird auf neue Rechnung vorgetragen.
4. Der Verwaltung wird Entlastung erteilt.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Der Vorsitzende verweist auf die positive Entwicklung des Kreiskrankenhauses Grünstadt und betont hierbei, dass dies eines der wenigen kommunalen Krankenhäuser ist, welche nicht defizitär arbeiten.

Herr Verwaltungsdirektor Langenbacher stellt die Eckpunkte des Jahresabschlusses vor. Hinsichtlich der Situation der Krankenhäuser in Deutschland sieht er eine strukturelle Unterfinanzierung. In diesem Zusammenhang stellt er dar, wie die Krankenhäuser Investitionen und Ersatzbeschaffungen selbst zu tragen haben und welche finanziellen Folgen dies für die Häuser darstellt.

Kreistagsmitglied Sauer betont die Wichtigkeit der Rückstellung von Mitteln für Investitionen und Ersatzbeschaffungen. Für die CDU-Fraktion sieht er den guten Ruf und die Beliebtheit des Kreiskrankenhauses durch die Ergebnisse der Patientenzufriedenheitsstudie belegt. Auch nach dem Wechsel an der Verwaltungsspitze des Hauses, werde die Arbeit souverän weitergeführt.

Für die SPD-Fraktion wertet Kreistagsmitglied Vogel es als erstaunlich, über welchen langen Zeitraum das Kreiskrankenhaus nunmehr ein positives Ergebnis erwirtschaftet. Die Vorgabe für dieses erfolgreiche Arbeiten werde durch die Entscheidungen der Verwaltungsspitze gegeben. Weitere Faktoren für die Zufriedenheit der Patienten und den Erfolg des Hauses wird seitens der Fraktion bei der Arbeit der Grünen Damen und des Fördervereins des Kreiskrankenhauses gesehen.

Ebenfalls positiv bewertet die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Arbeit der Mitarbeiter des Kreiskrankenhauses. Kreistagsmitglied Maurer spricht diesen hierfür Dank aus. Es wurde jedoch eine Senkung der Personalstärke festgestellt und die Fraktion trägt die Befürchtung, dass eine Überlastung der Mitarbeiter eintreten könnte.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 5

Drucksache **112/2014**

Gremium:

Kreistag

Sitzung am:

Mittwoch, 01.10.2014

Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input checked="" type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
<input type="checkbox"/> JA -Stimmen	<input type="checkbox"/> Nein -Stimmen	<input type="checkbox"/> Enthaltungen

Tagesordnung:

Kreiskrankenhaus Grünstadt; Neuwahlen des Patientenführers für das Kreiskrankenhaus Grünstadt

Beschluss:

Herrn Ferdinand Kolberg wird für die Wahlzeit des derzeitigen Kreistages zum Patientenführer des Kreiskrankenhauses Grünstadt gewählt.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Herr Kolberg stellt mit einem kurzen Vortrag seinen Lebenslauf und beruflichen Werdegang dar.

Es wurde durch einstimmigen Beschluss festgelegt, die Wahl offen, durch Handzeichen, durchzuführen (vgl. § 40 Abs. 5 i.V.m. § 33 Abs. 5 letzter Halbsatz LKO). Das Stimmrecht des Vorsitzenden, Landrat Hans-Ulrich Ihlenfeld, ruhte bei der Wahlhandlung gemäß § 29 Abs. 3 Nr. 1 LKO.

Nach der Wahlhandlung wurde Herrn Kolberg die Ernennungsurkunde zum Patienten-
fürsprecher am Kreiskrankenhaus Grünstadt durch Herrn Landrat
Hans-Ulrich Ihlenfeld überreicht.